

## **Stellungnahme des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung zur Beschäftigungssituation junger Wissenschaftler\*innen**

Für die Qualität der Friedens- und Konfliktforschung ist das Engagement junger Wissenschaftler\*innen unverzichtbar. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) stuft daher prekäre Arbeitsbedingungen vieler junger Wissenschaftler\*innen als ein wichtiges Problem ein.

Insbesondere folgende Aspekte werden mit Sorge gesehen:

- (1) die geringe Zahl an unbefristeten Stellen
- (2) kurze Vertragslaufzeiten
- (3) die Auslagerung von Kernbereichen der universitären Lehre an Lehrbeauftragte auf Honorarbasis oder ohne jegliche Vergütung
- (4) die große Zahl an Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen für Aufgaben, die eine höhere Arbeitszeit erfordern
- (5) der qualifikationsfremde Einsatz von Beschäftigten auf Qualifikationsstellen sowie der Ersatz von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen durch Stipendien
- (6) die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie sozialem Leben bedingt durch hohen Qualifikations- und Karrieredruck und unsichere Berufsperspektiven
- (7) die mangelnde Anerkennung von Stipendien, außerakademischer Arbeitserfahrung sowie von Lehraufträgen für die Festlegung der Erfahrungsstufen im TVL

Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen und junge Wissenschaftler\*innen of Colour sind von den genannten Aspekten besonders betroffen.

Die AFK unterstützt den von Nachwuchswissenschaftler\*innen der Sektion Internationale Beziehungen innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft initiierten offenen Brief *„Wissenschaft als Beruf – für bessere Beschäftigungsbedingungen und planbare Perspektiven“* sowie den offenen Brief an die DGS *„Für gute Arbeit in der Wissenschaft“*.

Aus Sicht des Vorstandes der AFK sollten die geschilderten Probleme im Dialog mit den wissenschaftlich-politischen Institutionen und Entscheidungsträger\*innen sowie den Verantwortlichen in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen bearbeitet werden. Dabei ist die effektive

Mitwirkung des wissenschaftlichen Nachwuchses selbst wünschenswert. Zentrale Faktoren wie der Umfang und die Struktur der Wissenschaftsförderung durch die EU, den Bund und die Länder sowie die durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz gegebenen Bedingungen erfordern politische Reformen. Nichtsdestotrotz sind die Forschungsinstitutionen, Hochschulen und jeweiligen Vorgesetzten in der Pflicht, die Arbeitsbedingungen für junge Wissenschaftler\*innen zu verbessern. Der Vorstand der AFK fordert die Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor diesem Hintergrund auf, die Prinzipien des von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften entworfenen „Herrschinger Kodex“ zu unterstützen, deren Umsetzung aktiv voranzubringen und alle darauf gerichteten Initiativen tatkräftig zu unterstützen.